

Antimuslimischen Rassismus bekämpfen - Nein zu Kopftuchverboten

01. Juli

**Tag gegen anti-
muslimischen Rassismus**



Der 01. Juli ist der Tag gegen antimuslimischen Rassismus. Seinen Ursprung hat er in dem schrecklichen Mord an Marwa El-Sherbini, die an diesem Tag in einem Dresdner Gerichtssaal von einem *Rassisten* ermordet wurde. Ihr Mord erregte weltweite Aufmerksamkeit, die vielen Angriffe auf Moscheen, Muslima und Muslime und die alltägliche Diskriminierung bleibt dagegen meist unbeachtet. Jeden Tag werden in Deutschland drei antimuslimische Straftaten angezeigt. Jeden zweiten Tag gibt es einen Angriff auf eine Moschee oder einen muslimischen Repräsentanten. Die Straftaten gegen Muslime und Musliminnen werden immer gewalttätiger. Diese Entwicklung ist alarmierend und die Dunkelziffer ist laut Expert*innen enorm. Legitimiert werden diese Taten durch diskriminierende Gesetze wie Kopftuchverbote. Es ist gerade wenige Wochen her, dass die große Koalition ein neues Beamtinnen und Beamten-gesetz im Bundestag verabschiedet hat, das institutionalisiert und bundesweite Kopftuchverbote ermöglicht. Immer wieder wird unter dem Schlagwort „Islamismus“ oder „politischer Islam“ ein Generalverdacht gegenüber ganzen Gruppen von Musliminnen und Muslimen geschürt. So werden mit der rassistischen österreichischen „Islam-Landkarte“ oder jüngst in Kassel mit der so genannten „Islamism Map“ Mus-

liminnen homogenisiert und rassistischen Anschlägen ausgesetzt.

Wir wollen uns daher am 01. Juli versammeln, um deutlich Stellung zu beziehen gegen antimuslimischen Rassismus, ob dieser sich nun verbal oder gewalttätig ausdrückt. Wir stellen uns gegen die Diskriminierung von Muslimas und Muslimen, insbesondere Frauen mit Kopftuch, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt.

Wir fordern:

- Nein zu Kopftuchverboten
- Ein Ende der Stigmatisierung von Menschen muslimischen Glaubens durch Politikerinnen und Politiker sowie ein klares Bekenntnis zu muslimischem Leben in Deutschland.
- Beauftragte für Antirassismus
- Anonyme Bewerbungsverfahren
- Die Stärkung muslimischer und migrantischer Selbstorganisationen
- Mehr Beratungsstellen und Hilfsangebote für Betroffene von antimuslimischem Rassismus

Mit Beiträgen von Nuha Sharif-Ali, Christine Buchholz u.v.m.

Organisiert von DIE LINKE